

1917

4. September

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 4. September 1917. Nr. 316.

Rückkehr von Wiener Kindern. Gestern abends sind 400 Kinder, welche zur Erholung während sechs Wochen in der Schweiz weilten, wieder nach Wien zurückgekehrt. Ueber Veranlassung des Kriegshilfsbüros war Medizinalrat Dr. Loewenstein den Kindern bis nach Innsbruck entgegengefahren. Auf dem Hauptzollamt, wo die Kinder ankamen, hatten sich eingefunden: Unterrichtsminister Dr. Cwiklinski, Eisenbahnminister Dr. Freiherr von Banhans, Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Gemahlin, Prinzessin Alexandrine Windischgrätz, Prinz Eduard Liechtenstein, Baronin Eimem, Staatsbahndirektor-Stellvertreter Niedermoser, die Inspektoren Pupovac und Hochwald, Gemeinderat Philp, der Vorstand des städtischen Jugendamtes Sekretär Gold, und Oberbezirksrat Dr. Pörner. Die Eltern der Kinder erwarteten ebenfalls auf dem Perron ihre Lieblinge und begrüßten sie herzlichst. Die Begleitpersonen der Kinder teilten mit, daß sämtliche Kinder an Gewicht zugenommen haben, manche sogar bis 9 Kilogramm. Das Begleitpersonal sorgte auch für die bestmögliche Verpflegung auf der Reise von der Schweiz nach Wien. Unter den 400 Kindern befand sich auch eine Anzahl ungarischer Kinder, die ihre Fahrt in die Heimat fortsetzten.

Neue Kriegsküche. Erzherzogin Isabella besichtigte gestern die neu eröffnete 49. Kriegsküche im 5. Bezirk Margaretenstraße 103. Sie wurde dort von Oberrechnungsrat Dr. Löffler begrüßt, der die Leiterin der Frauenhilfsaktion Frau Toni Schmalek und die Leiterin der Kriegsküche Frau Magistrats-Oberkommissär Wortner vorstellte.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 4. September.

Vorsitz: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer und Hoß.

Nach einem Antrage des StR. Foyer werden die Kosten von 13.500 Kronen für die Straßenherstellung in der Volksgasse im 13. Bezirk von Nr. 10 bis zum Montecuccoliplatz und am Montecuccoliplatz von der Volksgasse bis zur Maxingstraße einschließlich der restlichen Abgrabung in der Volksgasse genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. von Steiner wird die Erweiterung der Begräbnisstätte der Pflegeschwestern der Krankenanstalt Rudolfinerhaus im 19. Bezirk im Döblinger Friedhof genehmigt.

Für die Instandsetzung der Feuergewölbe und Auswechslung schadhafter Roste samt Zugehör in den beiden Kesselhäusern des Neuen Rathauses sowie Anschaffung von 30 Stück Reserveroststäben samt Zugehör werden 33.000 Kronen bewilligt.

Einschränkung des Verbrauches von Gas. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Gaswerksdirektor Menzel über die in nächster Zeit erscheinende Verordnung der Statthalterei betreffend die Einschränkung des Verbrauches von Gas. Dieser Bericht wurde nach längerer Wechselrede vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Gräberanlage. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Foyer die Anlage von Gräbern im Lainzer Friedhofe genehmigt.

Seifenbezug und Führung von Seifenvormerkbüchern durch Gewerbetreibende Verschleißer von Seife, Seifenpulver sowie von fetthaltigen Wasch- und Scheuermitteln dürfen nach der Ministerial-Verordnung vom 25. August diese Waren von nun an nur mehr gegen amtliche Bezugsscheine beziehen. Diese Bezugsscheine haben sie bei dem nach ihrem Betriebsorte zuständigen magistratischen Bezirksamte anzusprechen; bei der Anmeldung haben sie ihren Anspruch durch Vorlage des Gewerbescheines, der Konzessionsurkunde oder sonstiger Belege, den Bedarf an Seife für die Monate September, Oktober und November durch Vorlage von Geschäftsbüchern, Fakturen oder sonstigen Geschäftsaufzeichnungen nachzuweisen und eine schriftliche Erklärung über die Höhe ihres gegenwärtigen Vorrates an Seife usw. beizubringen. Solche Bezugsscheine haben auch Erzeuger der genannten Waren (Seifensieder usw.), die im Anschlusse an die Erzeugung den Kleinverschleiß betreiben, selbst dann anzusprechen, wenn sie in ihren Verschleißstätten nur Waren eigener Erzeugung in Verkehr bringen. Nach der bezogenen Verordnung haben diese Gewerbetreibenden auch Vormerkbücher nach einem vorgeschriebenen Muster zu führen; diese Vormerkbücher können in Wien bei der k.k. Staatsdruckerei bezogen werden und sind von den Gewerbetreibenden bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamte mit dem Amtssiegel versehen zu lassen.

Amtsärztliche Zeugnisse für die Aufnahme in Sanatorien. Wegen Erwirkung der vorgeschriebenen amtsärztlichen Zeugnisse haben sich Personen, die eine erwerbsmäßig betriebene Privatheilanstalt (Sanatorium, Kuranstalt, u. dgl.) aufsuchen wollen, in Wien an das Stadtphysikat zu wenden. Von diesem wird bekannt gegeben, daß mit Rücksicht auf die Häufung der Amtsgeschäfte in den Vormittagsstunden für die Untersuchung der Parteien und die Ausstellung der Zeugnisse die Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags täglich festgesetzt wird.

Bürgerklub. In der heute nachmittags unter Vorsitz des Obmannes Oberkurator von Steiner abgehaltenen nahezu vollzählig versammelten Sitzung des Bürgerklubs ergriff der Vorsitzende vor Erledigung der Tagesordnung das Wort zu einer parteimäßigen Klarstellung des vom Bezirksvorsteher Dr. Blasel an den Stadtrat Dr. Mataja gerichteten offenen Briefes und stellte den Antrag, daß der Bürgerklub beschliesse: Dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den drei Vizebürgermeistern Hierhammer, Hoß und Rain spricht der Bürgerklub sein vollstes Vertrauen aus. Der Antrag wurde debattelos unter stürmischer Zustimmung und einstimmig zum Beschlusse erhoben. Hierauf wurden die auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung stehenden Gegenstände einer eingehenden Beratung unterzogen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 4. September 1917.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird beim Betreten des Saales von den Mitgliedern der Mehrheit, die fast vollzählig versammelt ist, durch Erheben von den Sitzen mit stürmischem Heil- und Bravorufen und Händeklatschen begrüßt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß Heinrich de Carro als Ertragnis einer Kaiser Geburtsfeier 1000 K für die Armen der Stadt Wien übermittelt hat. Josef Wilhelmy hat letztwillig 1000 K für die Armen von Ober-Döbling gewidmet. Isak Brandmann spendet 100 K für die Armen des 20. Bezirkes.

Der Bürgermeister legt eine Zusammenstellung der am 30. Juni l.J. bei der Stadtbuchhaltung unerledigt gebliebenen Kontrahenten-Rechnungen vor. Der Einlauf von Kontrahenten-Rechnungen im ersten Halbjahr betrug 51.360 Stück, erledigt wurden 48.808 Stück, so daß insgesamt 5241 Rechnungen unerledigt waren. Hievon betreffen die aus den Vorjahren stammenden Rückstände zum größten Teil geringfügige Restzahlungen, die im Einvernehmen mit den bezugsberechtigten Kontrahenten liegen geblieben sind, um die Erledigung neuer Rechnungen über größere Verdienstsommen möglichst zu beschleunigen. Ein größerer Rückstand ist auf Einquartierungsrechnungen zurückzuführen, die von dem vorhandenen Personal nicht mehr vollständig erledigt werden konnten. Durch Zuweisung von Arbeitskräften aus anderen Abteilungen wird dieser Rückstand in absehbarer Zeit wieder verschwinden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Wiener Gemeinderat hat auf Grund streng sachlicher Referate und von Debatten, die wirklich sich bemühten, Aufklärung indie vorhandenen Mißstände bezüglich der Obst- und Gemüseversorgung der Stadt Wien zu bringen, in der letzten Gemeinderatssitzung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt. Einige Blätter gaben der Meinung Ausdruck, daß der Gemeinderat im Gegenstand zu spät gekommen sei. Ich muß richtig legenheit befaßt hat und sofort, also rechtzeitig, die Beschlüsse dem Ernährungsamt zur Kenntnis gebracht hat. Die Debatte im Gemeinderate wurde infolge der üblichen Sommerferien erst jetzt abgeführt und ist als eine Ratihabitation der bereits längst hinausgegangenen Stadtratsbeschlüsse zu betrachten. Nachdem ich hiemit konstatiert habe, daß die Beschlüsse bereits am 2. August übermittelt wurden, erlaube ich mir, die Antwort des Ernährungsamtes zur Kenntnis zu bringen.

Mit Beziehung auf die Zuschrift vom 8. August 1917 wird zu den Maßnahmen, die der Wiener Stadtrat in seiner Sitzung vom 2. August der Regierung zur Verbesserung der Obst- und Gemüseversorgung vorzuschlagen beschlossen hat, folgendes bemerkt:

Die Frage der Erlassung eines allgemeinen Verbotes der Versteigerung von Lebensmitteln bildet den Gegenstand interministerieller Beratungen. (Zwischenrufe) Doch scheint gerade das Verbot der Versteigerung von Obst bei Prüfung aller Momente großen Schwierigkeiten zu begegnen. (Rufe: Hört, hört!)

Die Anregung, jenen Produktionsgebieten, wo die Ernte und der Transport des Hartobstes auf Schwierigkeiten stößt, menschliche Arbeitskräfte und Pferde zuzuweisen, wird gleichzeitig wärmstens befürwortet (Rufe: Bravo!) an das Ackerbauministerium geleitet, welches durch die von ihm geschaffene Organisation der Verteilung von Kriegsgefangenen, militärischen Arbeitspartien und Gespannen für landwirtschaftliche Arbeiten in der Lage ist, hier wirksame Hilfe zu leisten.

Auch werden unter einem alle Landesstellen angewiesen, (Rufe: Hoch der Amtsschimmel!) die Interessenten aufzufordern, sich wegen der Beistellung von Hilfskräften an die Landesarbeits-Nachweisstellen zu wenden, welchen eben die vom Ackerbauministerium für die Landwirtschaft bereitgestellten militärischen Arbeitskräfte, Kriegsgefangenen und Gespanne zu verteilen haben.

Eine Ausfuhr von Obst in das Zollausland aus Oesterreich ist in dieser Saison bisher nur in geeignetem Ausmaße erfolgt. (Rufe: Hört, hört, Frozzel!)

Das Amt für Volksernährung ist nach wie vor bemüht, von der unga-

rischen Regierung Zugeständnisse hinsichtlich der Gemüsausfuhr von Ungarn nach Wien zu erzielen.

Eine Beschlagnahme und Anforderung von Gemüse in einzelnen Hauptproduktionsgebieten ist bereits erfolgt und wird im Falle der Notwendigkeit auch eine Beschlagnahme in weiteren Produktionsgebieten in Erwägung gezogen werden. (Rufe: Hört ! Bis kein Obst mehr da ist !)

Mit der allgemeinen Beschlagnahme des Gemüses vorzugehen, hält das Amt für Volksernährung jedoch für nicht opportun. Wegen Belieferung der militärischen Anstalten mit Gemüse finden gerade jetzt Verhandlungen mit dem Kriegsministerium statt, welche die möglichste Entlastung des Wiener Marktes bezwecken.

Ich erkläre im Namen des ganz Wiener Gemeinderates, dass eine solche Antwort für die Gemeinde Wien unwürdig ist. (Lebhafter Beifall und Hände klatschen) Wir haben uns wirklich nur im Interesse der Bevölkerung und im Bewusstsein unserer Verantwortung mit Ernst und Würde mit der Angelegenheit befasst, aber eine solche Erledigung können wir nicht als hinreichend ansehen. (Rufe : Das ist unsachlich und eine Frotzelei. Das soll man plakatieren und der Bevölkerung bekanntgeben.)

GR. Kauschak verweist in einer Anfrage darauf, dass in den Ausschreibungen verschiedener Stiftungen die Beilegung eines Impfzeugnisses aus den letzten 6 Jahren von den Bewerbern gefordert werden. Da diese Forderung nicht nur den Intentionen der Stifter, sondern auch der gesetzlichen Rechtslage widerspricht, richtet er an den Bürgermeister die Anfrage, was dieser zu veranlassen gedenke, um den Magistrat bei Ausschreibung von Stiftungen zur Respektierung der Tatsache zu verhalten, dass in Oesterreich ein gesetzlicher Impfwang nicht besteht.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Aaregung die Benützung der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen von dem Nachweise des Impfschutzes abhängig zu machen ihre Grundlage bezüglich der Stipendien und Stiftplätze in Dekreten der Studienhofkommission aus den Jahren 1817 und 1829 habe und erklärt, dass tatsächlich eine Ueberprüfung dieser alten Hofdekrete am Platze erscheine.

GR. Philp richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage:

Zeitungs-nachrichten zufolge beabsichtigt das ungarische Ministerium des Innen in den nächsten Tagen eine Verordnung zu erlassen, nach welcher alle in Budapest ansässigen Fremden binnen 14 Tagen Budapest verlassen müssen. Von einer solchen Verordnung würden auch viele Wiener betroffen werden, die sich in Budapest aufhalten. Eine Ausweiseverfügung der Wiener würde dem Reziprozitätsverhältnisse nicht entsprechen, denn es ist ja bekannt, dass sich in Wien eine grosse Anzahl ungarischer Staatsangehöriger aufhält. Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Ist es ihm bekannt, dass die in Budapest sich aufhaltenden Wiener Gefahr laufen, in den nächsten Tagen Budapest verlassen zu müssen ?
2. Was gedenkt er für den Fall, als die bezeichnete Verordnung eingeführt wird, zu veranlassen ?

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir ist nur aus den Zeitungen bekannt, dass eine solche Verordnung bevorstehen soll; allerdings enthält das heutige Fremdenblatt ein ^{dem}Demerkat, indem es aus Budapest eine Meldung bringt, in der es heisst, dass nur so viel bezüglich der Verordnung feststehe, dass im Ministerium des Innern mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Lebensmittelmarktes und des Wohnungswesens ein Weg gesucht wird, der die Entlastung des Lebensmittel- und Wohnungsmarktes auch dadurch fördert, dass den Ausländern, die in unmotivierter Weise Aufenthalt nehmen, nahe gelegt wird, ihren früheren Wohnsitz oder einen beliebigen anderen ausserhalb des ungarischen Staatsgebietes aufzusuchen. An eine Ausweisung kann naturgemäss nicht gedacht werden. Ich möchte nur dieses eine sagen, dass mir diese Zeitungs-

nachricht ganz unerklärlich gekommen ist. Wenn die Budapester glauben, dass ihnen die Wiener alles wegessen, so könnte ich darauf hinweisen, dass auch eine nicht unbeträchtliche Zahl Budapester sich in Wien aufhält. Ich werde mit dem Herrn Ministerpräsidenten diese Angelegenheit besprechen, weil es mir unerklärlich ist, wie so etwas in einem Staate, der in einem derartigen Verhältnisse zu uns steht, möglich sein könnte, Angehörige des verbündeten Staatsgebietes auszuweisen.

GR. Schäfer bittet im Namen sämtlicher Etablissementsbesitzer Wiens sowie im Namen der Kaffee- und Gasthausinhaber den Bürgermeister, bei den massgebenden Behörden die nötigen Schritte einzuleiten, damit die bestehende Sperrstunde (11 und 12 Uhr) für diese Etablissements sowie auch für Kaffee- und Gasthäuser auch für die Winterzeit aufrecht erhalten bleibe. Die Ersparnis an Beleuchtung stehe in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der diesen Unternehmungen durch eine frühere Sperrstunde zugefügt würde. Auch sei das steuerliche Interesse des Staates daran in erster Linie beteiligt, dass diese Betriebe voll und ganz in der jetzigen schweren Zeit aufrecht erhalten werden können. Die Bitte liege auch nicht nur im Interesse der Gewerbetreibenden, sondern auch in jenem der ganzen Wiener Bevölkerung, die nach des Tages Mühen und Sorgen Erholung und Aufheiterung suche.

BGM. Dr. Weiskirchner betont in seiner Antwort, dass er wiederholt über Veranlassung des Stadt- und Gemeinderates mit dem Statthalter und dem Polizeipräsidenten in dieser Angelegenheit gesprochen habe. Er werde dies auch jetzt wieder tun, mache aber darauf aufmerksam, dass er nicht wisse, ob bei dem wirklich vorhandenem Kohlenmangel sich die Bitte der Schankgewerbetreibenden durchsetzen lassen werde. Es müsse vor allem die ganze Kraft aufgebracht werden, um den bevorstehenden Gefahren des Winters zu begegnen.

Gemeinderat Spalowsky stellt folgende Anfrage: Als bald nach Kriegsausbruch die russischen Heere die nordöstlichen Teile unseres Vaterlandes überschwemmen, flüchteten viele Bewohner dieser Gebiete vor dem Feinde. Viele dieser Flüchtlinge wandten sich nach Wien. Obwohl der grösste Teil dieser Flüchtlinge ihrer Abstammung wie ihres Kulturzustandes wegen der Wiener Bevölkerung äusserst unsympathisch waren, fanden dieselben dennoch gastliche Aufnahme. Diese Gastfreundschaft wurde jedoch schlecht belohnt. Die jüdischen Flüchtlinge widmeten sich fast nie einer ehrlich erwerbenden Tätigkeit, sondern verlegten sich vielfach darauf, alle nur erdenklichen Lebensmittel und Bedarfsartikel aufzukaufen, die Waren aufzuspeichern und deren Preise in die Höhe zu treiben. Zahlreiche Verurteilungen solcher Flüchtlinge wegen Preistreiberei, Kettenhandel (Rufe: Sehr richtig !) und dergl. sind hiefür unwiderlegliche Beweise. Die zunehmende Lebensmittelknappheit wurde dadurch, daß mit den geringen werdenden Lebensmittelmengen auch die Flüchtlinge beteiligt werden mußten, noch verschärft, wozu besonders die Hamsterei vieler Flüchtlinge beitrug.

In derselben Zeit, in der die Anwesenheit so vieler Flüchtlinge in Wien von der Bevölkerung mehr und mehr als unerträglich empfunden wird, kommt aus dem hauptsächlichlichen Stammlande dieser Flüchtlinge, Galizien, die Nachricht, dass einflussreiche Persönlichkeiten dort die Forderung aufstellen, dass die Ausfuhr galizischer Lebensmittel nach Wien verboten werden soll. (Rufe: Hört, Hört !) Tatsächlich wurde auch schon die Ausfuhr von Fleischwaren verboten. Das geschieht, obwohl Wien seit langer Zeit ein geschätzter Abnehmer galizischer Landesprodukte war. Wenn die Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien noch mehr eingeschränkt werden soll, so bedeutet das eine schwere Gefahr für die Lebensmittelversorgung der sesshaften Bevölkerung Wiens (Rufe : sehr richtig !) Einer solchen Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß die Entfernung der den Wienern längst schon lästig gewordenen undankbaren jüdischen Flüchtlinge unverzüglich verfügt wird.

Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, an maßgebender Stelle das dringende Verlangen zu stellen, daß die Entfernung der jüdischen Flüchtlinge aus Wien unverzüglich angeordnet werde.

BGM. Dr. Weiskirchner: Als im September 1914 die Völkerwelle aus den östlichen Gebieten unserer Monarchie nach Westen flutete, da hat sich die Stadt Wien ihrer Pflicht als Reichshaupt- und Residenzstadt nicht entschlagen und wir haben die Flüchtlinge, denen wir gewiss unser tiefstes Mitleid entgegen brachten, aufgenommen. Ich habe aber gefordert, dass sobald wieder normale Verhältnisse wieder eingetreten seien, die Repatriierung der Flüchtlinge durchgeführt werden muss. Ministerpräsident Graf Stürgkh hat mir auch dieses Versprechen gegeben. Als dann unsere siegreiche Armee weiter nach Osten vordrang, habe ich auch an den Minister des Innern Grafen Toggenburg das gleiche Ersuchen gerichtet und ich habe die Versicherung erhalten, dass bereits ein Drittel der Flüchtlinge zur Repatriierung verhalten wurde. (Zwischenrufe: Die grössere Hälfte ist aber noch immer da !) Weil halt die Bukowina noch nicht freigegeben ist und weil eine ganze Reihe von Bezirkshauptmannschaften noch nicht frei ist. Ich werde selbstverständlich der Aaregung des Kollegen Spalowsky meine Aufmerksamkeit zuwenden. Was nun die Versammlung in Lemberg betrifft, so hoffe ich, dass die Zentralregierung soviel Einfluss aufbringen wird, damit die der Gemeinde Wien von den Grundbesitzern zugesicherten 3000 Waggons Kartoffeln auch den Weg nach Wien finden! (Zwischenrufe: Da gibt es nur Gegenmassregel !)

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Hoß berichtet über die Erhöhung der Kriegszulagen der städt. Angestellten und Lehrpersonen und die Schaffung von Mehreinnahmen zur Bedeckung dieser Ausgaben und führt aus, dass die neuerlichen Erhöhungen pro Jahr rund 21 Millionen Kronen erfordern. Da dieselben ab 1. Juli 1917 bewilligt werden sollen, ist für das laufende Halbjahr mit einer Ausgabe von 10½ Millionen Kronen zu rechnen, für die derzeit eine Bedeckung nicht vorhanden ist. Es müsse daher getrachtet werden, ehestens neue und auszeichnende Einnahmequellen zu eröffnen. Das Verlangen nach einem städtischen Zuschlage zur Kriegsteuer ist vollauf gerechtfertigt, da die Regierung wohl nicht behaupten könne, dass die Kriegslasten den Staat allein treffen. Bei der Gemeinde Wien betragen die Ausgaben für Erhöhungen der Kriegszulagen nunmehr insgesamt 50 Millionen Kronen jährlich. Dies ist gewiss ein enormer Betrag für den Haushalt einer Gemeinde, nicht aber für den Staat. An den Zuschlag zur Haussinssteuer kann gewiss nicht gedacht werden, denn wir alle sind es bewusst, was dies für die Bevölkerung bedeuten würde. Ob die Gemeinde in absehbarer Zeit in eine solche Situation kommt, auch darüber sprechen zu müssen, weiss ich nicht, ich möchte aber wünschen, dass es vermieden werden kann. Der Referent bespricht dann die einzelnen Steuerprojekte und sagt, dass sich die meisten der neuen Steuern als Luxussteuern darstellen. Was z.B. die Glühlampensteuer anlangt, so sei diese nicht so gedacht, dass für jede einzelne Lampe Steuer gezahlt werden müsse, sondern es werde eine grössere Zahl von Lampen in Wohnungen und Geschäftsräumen ausgeschieden. Die Dienstbotensteuer werde einer genauen individuellen Prüfung unterzogen und die Besteuerung von Musikinstrumenten beziehe sich selbstverständlich nicht auf Instrumente die zum Erwerbe dienen. Die Besteuerung vom gemeinen Grundwerke ist ein alter Wunsch der Bodenreformer und wird nur mit der Revision der Wertzuwachssteuer zusammen behandelt werden. Alle diese Steuern werden aber erst im Jahre 1918 wirksam und es ergebe sich daher die Notwendigkeit die erforderlichen Beträge vorläufig den Kassenbeständen und den Darlehensgeldern zu entnehmen. Es werde da hier an die Regierung wegen Gewährung eines unverzinslichen Vorschusses heranzutreten sein, ebenso wie immer wieder verlangt werden muss, dass die Regierung der Gemeinde, die durch den Krieg verursachten Ausgaben rücker setzt. Was den Ausweg einer Aufnahme eines Darlehens zur Deckung dieser Aus-

lagen anbelangt, möchte ich auf die Bedenken verweisen, die dagegen sprechen. Kaiser wirklich der Mann ist, als der er sich bisher immer küsserlich und öffentlich gezeigt hat, dann würde ich es nicht begreifen, wenn er nicht der erste wäre, der sagen würde und sagen müsste: die Hoftheater dürfen von der Verpflichtung für die Bedeckung der durch den Krieg erwachsenen Gemeinde-Mehrauslagen nicht ausgeschlossen werden. Vielleicht berufen Sie sich darauf, dass man bei den Hoftheatern nicht die Absicht habe einen Gewinn zu erzielen. Wer sagt Ihnen das, dass man diese Absicht wirklich nicht hat?

GR. Skaret: Ich habe mich kontra gemeldet, obwohl ich gegen die Teuerungszulagen so gross und so schwer sie auch sind mich nicht ausspreche, da sie ja noch lange nicht das notwendige Mass dessen erreichen, was durch die Begleiterscheinungen des Krieges notwendig wäre. Die Not der Festbesoldeten, der Arbeiter- und Kriegerfrauen nimmt jetzt gerade Dimensionen an, die erschreckend sind. Wenn die schwächliche Haltung der Regierung auf dem Gebiete der Lebensmittelteuerung nicht endlich einen energischen Handeln weicht, um den Abbau der Preise zu erzielen, dann weiss ich nicht, ob dieser Krieg nicht früher im Hinterlande, als an der Front ein Ende finden wird. Das soll keine Drohung, sondern nur eine Konstatierung der Tatsache sein. Die Regierung hat es, was ihre Beamten anbelangt, ja ungleich leichter mit den Erhöhungen, denn für sie betragen die Kosten nicht mehr als was das Papier und die Druckkosten für den gewissen Zweckerfordern.

Wir Sozialdemokraten brauchen uns die Sorge um die Bedeckung gleich Ihnen nicht zu machen. Wir haben auch an der Gemeindevirtschaft nicht teilgenommen, wir tragen für Ihre Wirtschaft, die Sie bis jetzt geführt haben, keine Verantwortung und müssen infolgedessen es Ihnen überlassen, wie sie mit den notwendigen Teuerungszulagen auch zugleich die Bedeckung finden. Der Gemeinde steht zur Bedeckung die mittelalterliche Steuerpolitik im Wege, der wir auf Schritt und Tritt begegnen. Diese passt nicht für eine Stadt mit einem Budget, wie es selbst kleinere selbstständige Staaten nicht aufzuweisen haben. Sie sehen, wie gut es gewesen wäre, wenn Sie den Forderungen der Sozialdemokraten mehr nachgegeben hätten und so der Frage der Reichsunmittelbarkeit nähergekommen wären. Die Angst, es mit der ländlichen Bevölkerung zu verderben, hat Sie den einzig vernünftigen Weg nicht einschlagen lassen. Wir hatten auch im Frieden ein Defizit im Gemeindebudget, aber Sie haben Schiebungen gemacht, changiert, um das Gleichgewicht zu erhalten. Was die notwendige Mehrausgabe, die diese notwendige Teuerungszulage erfordert, anbelangt, so möchte ich bemerken, dass die ausgiebigste Erhöhung bei der letzten Teuerungszulage erfolgte und das war die Erhöhung der Strassenbahntarife auf Kosten der ärmeren Bevölkerung. Diese Erhöhung ist für die Rennkavaliere und die Theater bis zur Stunde nicht durchführbar gewesen; auf der einen Seite stehen die Rennstallbesitzer bis in die höchsten Kreise hinauf und auf der anderen Seite stehen die Theaterdirektoren, mit denen Sie ein armseliges Pauschalverhältnis für ihre öffentlichen Auführungen gemacht haben. Was nun den 30 %igen Zuschlag zur Kriegsteuer betrifft, so lässt sich gewiss nichts dagegen sagen, aber es wäre doch eine unterste Grenze von vielleicht 8 bis 10.000 Kronen festzusetzen. Was die Totalisateurstauer betrifft, so bedauere ich, dass die Mehrheit auf diesem Gebiete zurückwich ist, dass sie eine Erhöhung nicht mehr von 40 auf 80 sondern nur mehr von 40 auf 60 verlangt hat. Man gehe einmal auf die Rennplätze hinaus und sehe, wie massenhaft dort gespielt wird! Die 40 %, die hier mehr hätten zugeschlagen werden sollen, hätten weder dem Rennen, noch der unglaublichen Spielwut auf den Rennplätzen irgend einen Einhalt getan. Die Lustbarkeitssteuer wieder ist ohne jedes soziale Empfinden abgestuft worden. Die Theater sollen 4 % leisten, die Operetten- und Musikaufführungen 6 %, der Zirkus- das allgemeine Volkvergnügen - 8 % und das Theater für die ganz armen Leute 10 %. Das zahlungsfähigste Publikum aber, das sich die Logen und Parkettsitze in den Hoftheatern leisten kann, trägt nicht einen Heller für die Bedeckung der Gemeindegosten bei. Wenn der

Kaiser wirklich der Mann ist, als der er sich bisher immer küsserlich und öffentlich gezeigt hat, dann würde ich es nicht begreifen, wenn er nicht der erste wäre, der sagen würde und sagen müsste: die Hoftheater dürfen von der Verpflichtung für die Bedeckung der durch den Krieg erwachsenen Gemeinde-Mehrauslagen nicht ausgeschlossen werden. Vielleicht berufen Sie sich darauf, dass man bei den Hoftheatern nicht die Absicht habe einen Gewinn zu erzielen. Wer sagt Ihnen das, dass man diese Absicht wirklich nicht hat?

VBGM. Hoos: Bei den Hoftheatern zahlen sie ja 4 ½ Millionen drauf.

GR. Skaret: Aber die schneiden ja auf.

VBGM. Dr. Weiskirchner: Herr Obersthofmeister Prinz Hohenlohe hat mich ermächtigt öffentlich zu erklären, dass jährlich 4 ½ Millionen daraufgezahlt werden.

GR. Skaret: Was die denn für eine Wirtschaft haben müssen, ist mir unverständlich. (Heiterkeit) (Rufe: Die Kurz kostet so viel!)

GR. Skaret: Wenn auch 4 ½ Millionen Kronen tatsächlich Defizit sein sollten, so würde sich diese Summe nicht um eine Krone vermehren, wenn auf die Kartentpreise ein Zuschlag von 4 % eingehoben würde, weil ja diesen Betrag das Publikum zahlen würde. (Rufe: So ist es) Aus diesem Grunde heraus begriffe ich es nicht, dass die Besucher der Hoftheater von dieser Ausgabe ausgenommen sein sollen und ich weiss nicht, ob dagegen nicht schon Schritte deswegen unternommen werden sollten, um die Einheitlichkeit aufrecht zu erhalten.

An Stelle der Abstufungen von 4 bis 10 % wäre es vielleicht zweckmässiger, einen durchschnittlichen Aufschlag für alle Karten einheitlich einzuheben. Das wäre vielleicht ein bisschen sozialer. Von der Einhebung einer Steuer auf Automobile, Glühlampen und Dienstboten erwarte er sich sehr wenig und es stehe zu befürchten, dass die Kosten für die Bewältigung dieses Steuerapparates in keinem Verhältnisse zu dem Betrag stehen, der hereinkommen wird.

Ende 1917 läuft das Gesetz über die Personaleinkommensteuer ab. In dem neuen Gesetz sollte es wohl durchzusetzen sein, dass unter Freibleibung eines entsprechenden Existenzminimums ein direkter Zuschlag auf die Personaleinkommensteuer zugunsten der Stadt Wien bewilligt wird und dass ausserdem eine progressiv stark steigende Vermögenssteuer zur Einführung gelangt. Redner stellt schliesslich den Antrag, dass die vorgesehene Teuerungszulage auch den Familien der eingerückten städtischen Bediensteten und Arbeiter in gleichem Ausmass gewährt wird und spricht den Wunsch aus, dass die Teuerungszulage möglichst rasch an die Angestellten ausgezahlt werde.

GR. Bielchlawek: Gegen die Erhöhung der Gehalte und Löhne der Gemeindeangestellten kann sich wahrlich kein Gemeinderatsstimmen, von unserem Standpunkte würde jeder lieber Erdäpfel und Fett verschaffen, aber so müssen wir uns mit diesem Auskunftsmittel begnügen und gerade dieses fällt uns ungemein schwer. Wie schon vom Referenten und vom Redner erwähnt wurde, befindet sich diesbezüglich die Regierung in leichten Verhältnissen, sie lässt die Rotationsmaschine laufen und es werden Banknoten hergestellt, so viel als notwendig sind. Die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich haben keine Feste. Land und Gemeinde müssen aus dem Laufenden die Erhöhungen zahlen. Dies ist nun nach genauer Rechnung der Buchhaltung nicht möglich. Es ist nun die Frage wie den gerechten Bedürfnissen Rechnung getragen werden soll, ohne dass die Gemeinde in ein uferloses Defizit gebracht werde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei der Autonomiefeindlichkeit, die leider auch nach dem letzten Artikel der Arbeiterzeitung von Seiten der Sozialdemokratie unterstützt wird, dies eines der Mittel ist, um der Autonomie des Landes und der Gemeinden einen Schlag zu versetzen: Können Ihr nicht zahlen, so ist

der Moment gekommen, wo der Staat eingreifen wird; die Gemeinden und Länder haben sich unfähig erwiesen, weil sie keine Banknotenpresse haben und daher muss die Staatsgewalt eingreifen. Wenn die Gemeindeverwaltung an den Staat um bestimmte Zuschüsse zu irgend einer Steuer herantritt, so wird es sich um die Frage handeln: Wenn der Staat hergeben soll, so braucht er die Gemeinde nicht. Das wäre einfach, wenn der Staat die Gemeinde nicht brauchen würde. Wer arbeitet aber im übertragenen Wirkungskreise für den Staat? Unsere Beamten hat man zu zweidrittel einberufen und das letzte Drittel muss mit Hilfe der Arbeiterschaft bis in die späte Nacht für den Staat arbeiten. Die Folgen des Krieges fallen am schwersten auf die Länder und Gemeindevverwaltungen und insbesondere auf die Verwaltung der Stadt Wien. Wir können und müssen daher an den Staat herantreten. Der Staat hat bereits ein Präjudiz geschaffen, allerdings im Verordnungswege, dass er, wenn es ihm passt, für Unternehmungen im Kronlandsteile einfach Steuern ^{aussetzt} legt. Es wurde eine Verordnung erlassen, derzufolge der passive k.k. Krankenanstaltenfond, der ungezählte Millionen schuldig ist, die Gewalt in der Hand hat, die Verpflegskosten für Wien zu dekretieren und sich ausserdem erwirkt hat, wie der § 14 sagt, 8 % auf irgend eine Steuer aufzuschlagen. Da wird der Verwaltungsgerichtshof noch zu sprechen haben. Ich erwarte von den Reichsratsabgeordneten und insbesondere von den Wienern, dass sie sich als Vertreter der Städte und insbesondere der Stadt Wien fühlen und dem Minister sagen werden, dass der Staat in ungesetzlicher Weise eine neue Steuer dekretiert habe, wie ich das dem Minister ins Gesicht gesagt habe. Hier handelt es sich um die Allgemeinheit und da kann man von der Regierung demonstrativ verlangen. Vielleicht droht sie mit der Auflösung des Gemeinderates. Sie soll einen Bezirkshauptmann einsetzen, der die Verwaltung so leitet, dass die ganze Bevölkerung zufrieden ist. Aber die Gemeinde wird sich nicht hergeben, fortwährend schwere Lasten und die Verantwortung zu tragen und vielleicht ein Defizit anzuhäufen, dass dann die Leute sagen, dieser Gemeinderat müsse mit Schimpf und Spott davon gejagt werden, weil er unfähig ist. Hier handelt es sich nicht um die Deckung von Schulden, die die Gemeinde auf anderen Gebieten gemacht hat. Der Gemeinderat ist nicht eine Körperschaft, die sich alles bieten lässt, was einem Sektionschef einfällt. Was die Bedeckung betrifft, so stellen die Anträge gewiss nicht das Ideal einer Bedeckung dar. Wenn die Politik der Demagogie nicht vorhanden wäre, so wäre die Frage leicht gelöst. In Niederösterreich wurden seit 15 Jahren keine Umlagen erhöht. In der Gemeinde Wien seit 1895 keine Steuererhöhung durchgeführt, aber so wird es heissen: „Seht die Ausbeuter, nieder mit den Christlichsozialen, hoch die Anderen“. (Heiterkeit). Es ist dies ja Aufgabe der jeweiligen Opposition. Es scheint, dass, so lange die Welt besteht, die Völker betrogen werden müssen durch die Demagogie der Politiker bis ans Ende der Zeiten. (Heiterkeit). Unter Ihnen von der Opposition sitzen gewiss Leute, die oft anderer Meinung sind, als sie aussprechen.

Die Erhöhung der Umlagen wäre die einfachste Sache, kann abgeändert gemacht werden, weil die lieben Völker, soweit Sie sich in der Opposition befinden, nicht dulden. Es wäre das nämlich das härteste Mittel, um die verhasste Majorität aus diesem Saale zu bringen. Alles was zur Regierung kommt, wird bekämpft, man sollte jeden, der sich so gescheit dünkt, dass er es besser machen kann, wie diejenigen, welche oben sitzen, zum Minister machen, wenn er aber das nicht ausführt, was er versprochen hat, dann soll man ihn einsperren. (Heiterkeit)

Mit der Anschauung des GR. Skaret auf Vereinheitlichung der Abgabe für Vorführungen erkläre ich mich einverstanden. Ich bin auch ein Gegner davon, dass die Hoftheater von der Steuer befreit sind. Es ist richtig, dass sie 4 ½ Millionen Kronen jährlich kosten, aber die Steuer zahlt ja der Zuhörer und wenn jemand für einen Sitz 10 Kronen zahlt, so wird er auch 11 Kronen zahlen und ebenso wird er sich einen

Sitz um 1.10 K leisten können, der sonst eine Krone gekostet hätte. Ich stelle also den direkten Antrag, dass alle Vorführungen mit einer 10 %igen Steuer belegt werden sollen. Diese Steuer ist aber auch von den Freibillets abzuheben. Den Operettenherrschaften passt natürlicher Weise die Freihaltung der Freikarten von jeder Abgabe sehr gut. So ein Schmarzn wird 500 mal gegeben und die Zeitungen schreiben, die Bevölkerung Wiens ist begeistert. Die Geschäfte der Operettenkönige bestehen nicht in der Zahlung des Eintrittes, sondern in Verlagsgeschäft. Ich bin ein Todfeind aller Freikarten. Einmal habe ich auch Freikarten bezogen, es war dies im Jubiläums-Stadttheater, dass dieses in Konkurs gegangen ist, dessen fühle ich mich heute noch schuldig. Die Freikarten werden aber nicht von den armen Leuten benutzt, sondern sie kommen fast durchwegs den wohlhabenden Wiensern zugute, ebenso wie auf der Eisenbahn, auf welcher in der ersten Klasse alle mit Freikarten, in der zweiten Klasse ungefähr die Hälfte mit Freikarten fahren, während in der dritten Klasse alle Leute bezahlen müssen.

Wenn Gemeinderat Skaret gesagt hat, die Sozialdemokraten interessieren die Frage der Bedeckung nicht, so muss man sich fragen, wie lange diese fortwährende Keiferei noch fortgehen sollte. Ich bin dafür, dass Sie sich auch um die Bedeckung kümmern, denn wenn Sie einmal unser Erbe übernehmen und in den Kassen lauter Mäuse finden werden anstatt Geld, wird Ihnen das sehr unangenehm sein. Der Sprecher der Sozialdemokraten hat auch gesagt, es wäre alles anders gekommen, wenn man dem Antrage auf Reichsunmittelbarkeitserklärung gefolgt hätte. Die Reichsunmittelbarkeit wirkt blendend auf alle jene, die nicht verstehen. Wer sie aber versteht, muss mit aller Kraft dagegen auftreten. Der ehemalige Bürgermeister Dr. Brix hat im n.-ö. Landtag erklärt, jeder, der von der Reichsunmittelbarkeit Wiens spricht, ist ein Verbrecher an dieser Stadt. Sie haben davon gesprochen, dass die Stadt Wien an die Landesverwaltung bezahlt, aber Sie müssen dazu auch das setzen, was die Landesverwaltung für die Stadt Wien zu leisten hat. Wir müssen sämtliche Verpflegskosten der Wiener tragen, die Irrenpflege bestreiten, die Gebäuhäuser und Findlingskosten leisten und wenn Sie dann nachrechnen, bleiben keine 15 % für das Land übrig. Wenn die Stadt Wien über sich Herr allein wäre, so hätte natürlich auch die Gemeinde in die Landeskulturangelegenheiten kein Wort mehr drinzureden. Wenn das Land Niederösterreich dann passiv wäre, so würde der Staat aus seinem Säckel hergeben und wir hätten gar nichts mehr mizureden. Die Sozialdemokraten sind ja auch heute nicht mehr die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie, sondern der deutschsprechenden Sozialdemokratie und deshalb müssen sie auch bedenken, dass dann in Wien 8 Universitäten gebaut werden müssen und was dann aus unserer deutschen Vaterstadt werden würde, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Ich bitte Sie daher, rühren Sie nicht an die Reichsunmittelbarkeit Wiens, denn es wäre für Wien eine Katastrophe, wenn es in die Verwaltung des Landes Niederösterreich nicht mehr drinzureden hätte. Redner erklärt sich schliesslich mit den Anträgen des Berichterstatters einverstanden und beantragt, dass für alle Vorführungen einschliesslich der Hoftheater eine 10 %ige Steuer eingehoben werde und dass diese Steuer auch für die Freikarten zu entrichten sei. (Lebhafter Beifall)

VRGM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.
GR. Dr. Hein: Wir bringen der Vorlage weitestgehende Objektivität entgegen und wir stimmen für die Kriegszulagen, haben wir doch gleich bei Wiederaufnahme der Gemeinderatsstätigkeit die allgemeinen Kriegszulagen beantragt. Wir möchten nur den Wunsch aussprechen, dass auch den Familien der Eingerückten nach Tüchtigkeit Aushilfen gewährt werden. Wenn wir den Kriegszulagen zugestimmt haben, so glaube ich, dass wir auch hinsichtlich der Bedeckung eine gewisse Verpflichtung haben, und es scheint mir richtig, dass wir uns, wenn wir einer Ausgabe zustimmen,

der Bedeckung gegenüber nicht vollständig passiv verhalten können. Von diesem Standpunkte ausgehend, sind wir mit Punkt 1 des Bedeckungs-vorschlages vollständig einverstanden und wir sind auch einmütig bereit, die Forderung des Kollegen Skaret zu unterstützen, dass ein Zuschlag zur Personaleinkommensteuer zu Gunsten der Gemeinde bewilligt werden soll.

Wir stimmen auch den Zuschlägen zur Erwerbssteuer der ersten und zweiten Klasse zu, obwohl diese Steuer gerade die Kreise unserer Wählerschaft trifft. Wir zeigen dadurch, dass uns das allgemeine Interesse höhersteht, irgend welches Spezialinteresse und dass wir keine Politik des ersten Wahlkörpers befolgen. Wir stimmen auch dem Zuschlag zur Totalisateurststeuer bei, die ja in der Obmänner-Konferenz gerade von einem Mitgliede unseres Verbandes angeregt wurde. Bei der Abgabe von öffentlichen Vorführungen sind auch wir gegen den Ausschluss der Hoftheater und für die Besteuerung der Freikarten. Ob diese Anträge nicht ein Sanktionshindernis bilden werden, ist eine andere Frage. Was die Steuern betrifft, bezüglich deren an den Magistrat erst ein Auftrag erteilt wird, haben wir gegen einen Teil derselben gewichtige Bedenken. Wir behalten uns gegenüber allen diesen Steuerprojekten unsere Stellungnahme vor, bis der Magistratsbericht hierüber vorliegt. Es ist ein Unrecht, die gegenwärtige Generation allein die Kriegsauslagen tragen zu lassen. Deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, dass die Aufnahme eines Anlehen zur Bestreitung der Kriegsauslagen vollkommen berechtigt ist, ich unterlasse es aber, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, weil es schliesslich Sache der Mehrheit ist, in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen. Wir stimmen aber, wenn ein Anlehen derzeit nicht opportun sein sollte, auch dem Auswege zu, vom Staate ein unverzinsliches Darlehen zu verlangen und wir werden schliesslich mit dem von mir vorgebrachten Einschränkungen auch für die Anträge des Stadtrates stimmen.

Ueber Antrag des **GR. Koppensteiner** wird Schluss der Debatte angenommen.
GR. Nagler: Jeder von uns kennt die ausserordentliche Tätigkeit, welche seit dem Tage der Mobilisierung die Beamtenschaft der Stadt Wien zu leisten hatte. Wahre Helden müssen wir unsere Beamten nennen, von dem Momente an, wo in den Amtsräumen Betten aufgestellt wurden, um auch die Nacht im Büro verbringen zu können, wo ein grosser Teil unserer Beamten abberufen war und der Rest die doppelte und dreifache Last an Arbeit zu bewältigen hatte. Einer solchen Beamtenschaft gegenüber ist es Pflicht, den herrschenden Verhältnissen entsprechend Rechnung zu tragen. Wenn wir die vorliegenden Anträge annehmen, wird ihnen ohnedies nur ein geringer Teil dessen zuteil, was mit Recht von ihr beansprucht werden kann. Das Gleiche gilt von unserer Lehrerschaft, die sich zu einem ausgezeichneten Beamtenreservofond entwickelt hat.

Durch die kaiserliche Verordnung über die Kriegsgewinnsteuer wurde das Statut der Gemeinde insoferne verletzt, als ihr verboten wurde, die Steuern mit einer Abgabe zu versehen. Nur einmal gab es bisher eine Ausnahme von der Bestimmung, dass alle Steuern mit Landes- oder Gemeindezuschlägen belegt werden können, bei der Personaleinkommensteuer im Jahre 1896, aber auch hier wurde im Wege von Verhandlungen den autonomen Körperschaften Überweisungen aus dem Ertrage dieser Steuern zuerkannt. Wir müssen erklären, dass wir nicht geneigt sind, uns statutarische Rechte durch eine Verordnung nehmen zu lassen und wir müssen gleichzeitig die Verletzung dieses Statutarrechtes zum Prüfsteine wählen, ob die deutschen Städte im Stande sind, von der Regierung das durchzusetzen, was sie zum Leben brauchen. Bei der Straffheit, mit welcher der Fiskus die Kriegsgewinnsteuer eintreiben will, dürften unsere verlangten Zuschläge eine Höhe erreichen, sodass es nicht notwendig ist, andere Steuern einzuführen.

Wir müssen aber auch durch Schaffung neuer Werke, neuer Einnahmequellen unsern Haushalt auf eigene Kraft zu stellen versuchen.

Unsere Kumunalsparkassen haben jetzt einen Einlagestand von 450 Millionen Kronen. Diese grossen Einlagen zeigen von dem grossen Vertrauen, das die Bevölkerung Wiens zur Gemeinde hat. Die Steigerung der Einlagen während des Krieges wurde nicht durch das Hypothekengeschäft hervorgerufen, sondern durch die Belehnung von Kriegsanleihepapieren und Gewährung von Darlehen im Zusammenhange mit diesen Papieren. Die Sparkassen haben also im Interesse des Staates bankmässige Geschäfte betrieben. Warum sollen sie dies nicht auch im Interesse der Gemeinde Wien tun? Ich bin also für die Errichtung einer städt. Bank (lebhafter Beifall) unter Anlehnung an die Kumunalsparkassen. Diese städt. Bank wird uns beim Uebergang zur Friedenswirtschaft sehr hilfreich sein, um den Gewerbestand Rohstoff und Material zu verschaffen. Ich stelle deshalb den Antrag auf Schaffung einer städt. Bank und Anlehnung an die städt. Sparkassa durch Erweiterung und Ausgestaltung des Sparkassenregulativs, um in den städt. Sparkassen die Durchführung von bankmässigen Geschäften (mit Ausschluss von Börsen- oder Spekulationsgeschäften) zu ermöglichen. Sollte eine Erweiterung des Regulativs in diesem Sinne bei der Regierung nicht durchzusetzen sein, beantrage ich die Schaffung einer Zentralbank der Wiener städt. Sparkassen nach dem Muster der Zentralbank deutscher Sparkassen. In formaler Hinsicht wird die Wahl eines gemeinderätlichen Ausschusses zur Beratung dieses Antrages, eventuell die Betrauung des Magistrates mit den Vorarbeiten beantragt.

BGM. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR. Emmerling: Das Verhältnis der Stimmen in diesem Saale ist derart zu Ungunsten der Opposition, dass wir eigentlich nur für 3% die Vertretung haben und deshalb können Sie nicht verlangen, dass wir uns mit Ihnen zusammenfinden in der Beratung und Beurteilung aller Bedeckungsangelegenheiten. In dem Vorschlage und in der Begründung vermisse ich übrigens eine Zusammenstellung der voraussichtlichen Erträgnisse der Steuern, die umso notwendiger wäre, als wir ja keine besonderen Reserven haben. Wir haben mit einem Budget von 27 Millionen Kronen Abgang abgeschlossen. Sie haben sich Mehreinnahmen durch die Erhöhung der verschiedenen Tarife geschaffen, aber es bleiben noch immer mehr als 17 Millionen unbedeckt, welche Summe Sie auch hier auf die Kassenbestände verwiesen haben. Aber auch hier bleiben noch nahezu 4 Millionen unbedeckt und diesen Betrag hoffen Sie zum Teile aus der Gewährung der Zuschläge auf die Kriegssteuer zum Teile damit zu decken, dass nunmehr der Magistrat eine Anzahl von Steuerplänen vorlegen wird, darunter solche, die eigentlich das trostlose des ganzen Stadthaushaltes zum Ausdruck bringen. Wenn Sie auf solche Steuern, wie Dienstboten, Musikinstrumente und Fenstersteuern greifen, so beweist das nur, dass Sie sich nicht getrauen, jene umfassenden Erhöhungen der Steuerleistungen durchzuführen, die notwendig wären, aus diesem Defizit herauszukommen. Sie sind sich selbst dessen bewusst, dass gründliche Arbeit gemacht werden muss, aber Sie rechnen damit, dass irgend eine unerwartete Hilfe kommt. Und doch wird es notwendig werden, nach neuen, die ganze Bevölkerung gerecht erfassenden Steuerquellen zu suchen. Wir haben heute auf eine seit Jahren von uns gestellte Forderung verwiesen, das ist der Zuschlag zur Personaleinkommensteuer, wobei vielleicht Beträge bis zu 10.000 Kronen ganz ausgelassen, dagegen Einkommen über 10.000 Kronen in progressiver Weise herangezogen werden müssen. Wir stimmen auch der Theaterkartensteuer zu, denn wir sind der Meinung, dass die Lustbarkeit in einer Zeit des grössten Elendes und der grössten Not herangezogen werden müsse. Redner unterstützt schliesslich den Antrag des GR. Skaret bezüglich der Familien der Eingerückten.

Ueber Antrag des **GR. Huschauer** wird Wahl von Generalrednern angenommen und zu Generalrednern die **GR. Kunschak** (pro) und **Hohensinner** (kontra) gewählt.

GR. Kunsch : Ich habe gelegentlich der letzten Budgetdebatte darauf verwiesen, dass wir die damals bewilligten einmaligen Aushilfen im Herbst wieder geben müssen. Nun ist der Herbst da, und wir haben Gelegenheit nicht nur noch einmal die einmalige Aushilfe zu bewilligen, sondern müssen heute weit über dieses Mass hinaus durch Teuerungsaushilfen den städt. Angestellten den Kampf um ihr bürgerliches Leben zu erleichtern trachten. Wir sind zu dieser Entschliessung durch Entscheidungen des Parlamentes gekommen, ich will aber damit durchaus nicht zugeben, dass die Gemeinde - wie es in einer Zuschrift an die Gemeinderäte heisst, bezüglich der sozialen Fürsorge ins Hintertreffen geraten ist. Ich will feststellen, dass die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete immer bahnbrechend vorangegangen ist und auch jetzt noch ein gewaltiger Unterschied mit den Beamten des Staates besteht. Eine alte Forderung der Staatsbeamtenschaft nach Gleichstellung in ihren Bezügen und Pensionsansprüchen mit den Beamten der Gemeinde Wien ist noch immer nicht erreicht, denn im Augenblick ihrer Pensionierung, der gerade in der Kriegszeit für jeden eine arge Bedrohung bedeutet, ist der Staatsbeamte nach wie vor auf eine unzulängliche Pension angewiesen. Derselbe soziale Geist, der durch uns erst in diesen Saal getragen wurde, beseelt ^{uns} noch immer. Die Zulagen, welche wir jetzt bewilligen, machen auf den Gemeindehaushalt gewaltigen Eindruck und bedeuten trotzdem sehr wenig für den Haushalt des einzelnen Angestellten. Sie sind trotz ihrer Höhe keine wirkliche Hilfe, sondern eigentlich nur ein Beruhigungsmittel.

Der Redner bespricht sodann in ausführlicher Weise die Ursachen der Entwertung des Geldes und die ungünstigen Kreditverhältnisse unseres Landes. Das Parlament habe für die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages und für die Bewilligung von Kriegszulagen an die Staatsangestellten 2 Milliarden bewilligt, ohne hierfür eine Bedeckung vorzusehen. Das Parlament hat aber auch den Mut gehabt, den autonomen Körperschaften aufzutragen, dass auch diese Kriegszulagen ihren Angestellten bewilligen, ohne irgend welche Vorsorge für die Bedeckung zu tragen, ja es ist sogar Gefahr vorhanden, dass die Regierung den Vorschlägen der autonomen Behörden bezüglich der Bedeckungsfrage Widerstand entgegensetzen wird. Wenn wir eine Abgabe vom Eintritt in die Hoftheater verlangen, so kümmern wir uns doch gar nicht um diese Theater selbst, wir halten uns an die Leute, die das Theater besuchen und ich sehe nicht ein, warum Personen, die an einem

Abend 100 K für den Eintritt ausgeben, nicht ebenso eine Abgabe zahlen sollen, wie der Bettelbub, der am Sonntag ins Kino geht. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierung erklärt auch, sie könne Zuschlägen zur Kriegsgewinnsteuer oder Ueberweisungen aus denselben nicht zustimmen. Sie hilft uns also nicht nur nicht, sie erschwert uns auch die Aufbringung der Mittel und es scheint, dass auf diese Weise die Autonomien der Länder und Gemeinden untergraben werden und sie diskreditiert werden sollen und dass vor allem die Autonomie der Gemeinde Wien umgebracht werden soll. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen uns deshalb gegen einen solchen Versuch zur Wehre setzen, wir müssen uns aber auch gegen ein Parlament aussprechen, welches in Verkenning seiner Verpflichtungen sich Handlungen zuschulden kommen lässt, die es nicht verantworten kann, wir müssen uns gegen eine Regierung aussprechen, die in salopper Weise in so ernster und gefährlicher Zeit die Geschäfte des Staates leitet.

Was wir in Wien auf dem Gebiete der Steuervorschriften erleben, ist ausgesprochener Missbrauch der Amtsgewalt. Die Staatverwaltung bringt durch ihre Massnahmen die ganze steuerzahlende Bevölkerung in die unerhörteste Erregung und vor diese Bevölkerung sollen wir hintreten mit der Notwendigkeit zur Deckung des Haushaltes der Gemeinde noch weitere Steuerleistungen zu verlangen. Klingt es da nicht wie bitterer Hohn, wenn der Finanzminister im Parlamente über Steuermoral spricht?

Jetzt werden Sie an sich die Frage richten, was eigentlich geschehen soll. Um uns alle und die ganze Bevölkerung und den Staat selber vor dem Untergange zu bewahren, gibt es nur ein Mittel, es muss den Wucherern an den Hals gegriffen werden. (Stürmischer Beifall.) Auch wir sind am Ende unseres Könnens angelangt und es wird der Moment kommen, wo die Beamten von der Regierung nicht mehr Geld sondern Brot verlangen werden. Es muss daher aus diesem Saale heraus neuerlich mit allem Nachdrucke die Forderung erhoben werden, dass die Regierung sich mit dem grossen Problem der Ernährungsfrage beschäftigt. Auch die Grossbanken sind an dem Ernährungsjammer schuld, denn sie haben sich mit wahrer Gier auf den Warenhandel geworfen. Unsere Staatsverwaltung hat aber vor den Grossbanken eine unhaltbare Furcht und die wahre Demokratie, die jetzt immer verlangt wird, soll sich vorerst nicht mit Wahlreformen beschäftigen, sondern mit der Freiheit und Unabhängigkeit vom internationalen spekulativen Grosskapital.

6

Ich begrüße es, daß die Anregung gegeben wurde, die Gemeinde Wien möge aus den Händen der Banken befreit werden. Sollen wir wieder in den Frieden hineingehen als Bettler vor den Toren der Wiener Bankdirektoren? Diese entwürdigende Rolle dürfen wir nicht mehr spielen. Redner spricht zum Schluß den Wunsch aus, daß energische Maßnahmen gegen Wucher und Spekulation ergriffen werden, nur dann werden sich befriedigende Verhältnisse ergeben, sonst aber ein weiteres Verderben. (Lebhafter Beifall.)

Gemeinderat Hohensinner (Generalredner contra): Dem Wahnsinn, der das Wirtschaftsleben beherrscht, stehen die Fixangestellten wehrlos gegenüber. Ueber die Notwendigkeit der Kriegszulagen ist kein weiteres Wort zu verlieren, wir werden aber auch dem Antrage des Gemeinderates Skaret zustimmen, daß den eingetückten Beamten und Lehrern, welche dem Mannschaftsstande angehören, die Kriegszulagen gegeben werden. Bezüglich der Bedeckungsfrage ist die gegenwärtige Steuervorlage wohl nur als Provisorium anzusehen. Nach dem Kriege wird die städtische Steuerpolitik einer gründlichen Reform unterzogen und auf eine andere Basis gestellt werden müssen. Redner stellt zur Erwägung, ob der Finanznot nicht am besten durch eine Kriegsanleihe abgeholfen werden könne und bespricht sodann die einzelnen neuen Steuervorlagen. Er stimmt dem Antrage des Landesausschusses Bielohlawek auf Einführung einer 10 %igen Abgabe für alle Vorführungen einschließlich der Hoftheater zu und legt das Hauptgewicht darauf, daß endlich ein Abbau der Preise gefordert wird. Er dankt schließlich dafür, daß den Beamten und Lehrern die erhöhten Kriegszulagen schon am 15. September ausgezahlt werden sollen. Für diese bravouröse Leistung der Beamtenschaft müsse ihr vollstes Lob und Anerkennung gezollt werden.

Nach dem Schlusssatz des Referenten wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge betreffend die Kriegszulagen werden einstimmig genehmigt. Der Antrag des GR. Skaret betreffend die Familien der Eingetückten geht, einstimmigunterstützt, an den Stadtrat. Die ~~Anträge~~ Anträge betreffend die Steuern werden teils einstimmig, teils mit großer Majorität zum Beschlusse erhoben. Der Antrag des Gemeinderates Bielohlawek auf Besteuerung der Freikarten wird einstimmig angenommen und der Antrag des GR. Nagler auf Schaffung einer städtischen Bank einstimmig unterstützt an den Stadtrat geleitet.

Damit ist die ganze Vorlage angenommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt nun aus:

Meine sehr geehrten Herren! Sie haben eben durch die einstimmige Abstimmung über die Vorlage der Erhöhung der Kriegszulagen für unsere Angestellten gezeigt, daß Sie die Notwendigkeit erkannt haben, die materiellen Lage aller Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien zu verbessern und sie in den Stand zu setzen, die schwere Kriegszeit zu ertragen und durchzuhalten. Wie der Herr Referent fandte auch fast alle Herren, die zum Gegenstande das Wort ergriffen haben, Worte der vollsten Anerkennung für die Tätigkeit der Beamten und Lehrer und aller übrigen Angestellten und Bediensteten. Mir ist es am Beginn des 4. Kriegsjahres ein Herzensbedürfnis, der außerordentlichen Leistungen zu gedenken, die die städtische Beamtenschaft, die Lehrerschaft, unsere Bediensteten und Arbeiter während der vergangenen Kriegsjahre vollbrachten. Ein Uebermaß von Arbeit wie es seit Menschengedenken kein Gemeinwesen zu leisten hatte, wurde von dem städtischen Beamtenapparate in den drei Jahren dieses fürchterlichen Weltkrieges in klagloser Weise bewältigt. Die Einberufungen und die Musterungen haben tiefe Lücken in die Reihen der städtischen Beamten und Lehrer gerissen - doch die zurückgeblieben sind, haben treu ihren beschworenen Pflicht in pferwilliger Selbstverleugung und Liebe zu ihrer Vaterstadt in voller Hingebung an den Dienst eine gewaltige Arbeit geleistet. Mit Stolz erfüllt es mich, an der Spitze eines solchen Beamtenkörpers zu stehen und ich glaube im Sinne aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich in öffentlicher Gemeinderats Sitzung der gesamten städtischen Beamtenschaft, den treu bewährten Spitzen der städtischen Ämter und Unternehmungen, der städtischen Lehrerschaft, allen unseren Bediensteten und Arbeitern den wärmsten Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Es werden sodann noch einige dringende kleinere Geschäftsstücke erledigt und die Sitzung hierauf geschlossen.